

»People Power« die Zweite?

von Dottie Guerrero

Die Amtsenthebungskampagne hat zur bislang breitesten Einheit unter den Filipinos und Filipinas geführt und hat dem resignativen Ertragen der Unregelmäßigkeiten und Skandale, die die Regierung Estrada von Anfang an begleiteten, ein Ende gesetzt.

Haben die Proteste auch einen Prozess in Gang gesetzt, an dessen Ende die Philippinen eine Regierung bekommen, die sie stolz die eigene nennen können?

Estrada werden Bestechung, Bereicherung, Korruption, Betrug des öffentlichen Vertrauens und Verletzung der Verfassung vorgeworfen; darum ist er von 77 Abgeordneten des Repräsentantenhauses am 13. November angeklagt (*impeached*) worden.

Das ganze Ausmaß der gegenwärtigen politischen Krise wird deutlich durch vier »erste Male« in der philippinischen Geschichte.

Zum ersten Mal wird ein philippinischer Präsident vom Kongress angeklagt. Vier Präsidenten vor ihm (Quirino, Macapagal, Marcos und Aquino) wurden zwar ebenso herausgefordert, ihre Parteigänger/innen jedoch konnten ein Verfahren erfolgreich verhindern.

Zweitens unterstützen alle bedeutenden Wirtschaftskammern den Ruf nach seinem Rücktritt. Eine nahezu gänzliche Isolierung des Regierungschefs von der Wirtschaft, so etwas ist selbst dem vielgehassten Marcos nicht widerfahren — auch nicht in seinen letzten Jahren.

Drittens haben Arbeit und Kapital ein seltenes Bündnis für ein ihnen gemeinsames Ziel geformt. Den »nationalen Tag des Protests« am 14. November haben die Arbeitgeber unterstützt und 300 Broker haben die Börse verlassen, um die Botschaft des landesweiten Streiks zu verbreiten. Produktion und Handel lagen de facto einen Tag danieder.

Dottie Guerrero ist Mitarbeiterin des Institute for Popular Democracy in Manila. Sie ist zur Zeit auch Mitarbeiterin des Asienhauses in Essen.

Tatsächlich, das »Parlament der Straße« ist zurück. Die Demonstrationen — nicht nur in Manila, sondern auch in den Provinzen — sind bunter und breiter denn je. Den Mengen, die seit jeher die Straße bevölkern, gesellen sich Yuppies mit Handys und Aktenkoffer, barongtragende Abgeordnete, die parfümierten Bewohner/innen der Reichenvierteln und die farbig gekleideten Schwulen und Lesben hinzu.

Endspiel

Estrada hat im Unterhaus verloren — all die e-mails, Briefe und Faxe und Besuche aus ihren Wahlkreisen haben den Abgeordneten deutlich gemacht, dass sie unter ständiger Beobachtung stehen.¹ Aber noch können seine Gegner nicht jubeln, es war erst der Anfang einer viel quijoteren Schlacht.

Nun richtet sich der Fokus auf den Senat. Und die notwendige Zweidrittelmehrheit dort ist ungewiss. Die vom Präsidentenpalast veranlassete Umorganisation des Senats stellt eine ernste Bedrohung dar. Senator Pimentel, ein Mann von Prinzipien, wurde zum neuen Senatspräsident gewählt. Sicherlich verdient — aber nun hat der Untersuchungsausschuss (*Blue Ribbon Committee*) einen unparteiischen Vorsitzenden verloren. Miriam Defensor-Santiago hat ihn ersetzt und Juan Ponce Enrile sitzt nun dem Rechtsausschuss vor — beide Ausschüsse befassen sich mit dem Fall und beide Vorsitzenden stehen hinter Estrada.

Estrada will bis zum Ende kämpfen, erneut ist die vereinte Kraft von Lobbyarbeit im Senat und Gegenwart auf den Straßen gefragt. 1992 war man so in der Kampagne gegen die US-Stützpunkte erfolgreich.

Das geringere Übel?

Während die Menschen die Straßen in Rage bringen, wird in den Hinterzimmern verhandelt und manch überraschende Allianz entsteht. Eine Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, die von Trapos (ein abfälliger Terminus für traditionelle Politiker) und Opportunist/innen von innerhalb und außerhalb der jetzigen Regierung getragen wird, finden viele nicht sonderlich attraktiv; bei dieser Form eines politischen Vollwaschgangs läuft es all denen kalt den Rücken herunter, die nicht von Vergesslichkeit befallen sind. Weil aber keine brauchbarere Alternative vorliegt, dient die »Vereinte Opposition« als gemeinsame Plattform reformorientierter Repräsentant/innen, der legalen Linken als auch der Trapos. Und all denen, die das sinkende Schiff von Estradas Parteiplattform LAMMP verlassen.

Dass Estrada gehen muss, scheint für seine Gegner bereits festzustehen. Noch aber steht zumindest die militärische Hierarchie hinter ihm, gerade weil die meisten Generäle ihre Ernennung Estrada zu verdanken haben. (Einige Gruppierungen des Militärs, wie etwa die Offiziere, die hinter Ramos und Almonte stehen, unterstützen jedoch im Stillen Macapagal-Arroyo.)

Das Kabinett bleibt nach anfänglichen Rücktritten intakt. Selbst diejenigen, die aus den Nichtregierungsorganisationen stammen und in die Regierung gewechselt sind, halten Estrada die Stange (siehe: Die unpopuläre Entscheidung, S. 73). Von ihren Genossen werden sie aufgefordert, die Regierung zu delegitimieren, indem sie zurücktreten. Doch sie entgegneten, die Kräfte seien besser eingesetzt, wenn man jetzt auf

Reformen drängt, wo Erap verzweifelt versucht, Pluspunkte zu sammeln.

Mitten in all den Turbulenzen gebe es viel Wirkungsvolles für die Menschen zu tun. Reformen müssten auf den Weg gebracht werden. Erhitzte Diskussionen, insbesondere unter denen, die sich der Landreform verschrieben haben, gehen seit nun fast drei Jahren vor sich. Diejenigen, die sich für einen »Bleiben, aber verändern« (*reform but remain*) entschieden haben, meinen daher dass all die gegenwärtigen Aufwallungen eine produktive Diskussion mehr denn je unmöglich machten. Sie hoffen auf die Zeit, da die miteinander streitenden Gruppen wieder ernsthaft und vertrauensvoll den Dialog aufnehmen können.

Wie auch immer, viele bewegt die eine entscheidende Frage: Eröffnet das breite Bündnis für Estradas Rücktritt die Möglichkeit zum Guten — oder hält es nur das geringere Übel bereit?

Wenn der Senat dem Repräsentantenhaus folgt, wird Macapagal übernehmen. Alle, die sie jetzt unterstützen, werden dann ihren Anteil fordern — das Militär um die Ramos-Almonte-Gruppe, die Trapos um Peeping Conjuangco und Joe de Venecia, die Sozialdemokrat/innen (socdems) mit Cory und die Nationaldemokrat/innen (natdems), die sich jetzt in ihrem Planungsstab befinden.

Wo steht die Linke?

Das Bündnis unter den Linken wird einen Rücktritt Estradas nicht überdauern, weil es unter ihnen Leute gibt, die sich mögen wie Öl und Wasser. Jeder Block kämpft für seine Anliegen, so dass es sehr spannend sein wird, für wen Gloria sich dann am empfänglichsten erweist. Aus den NGOs werden wohl einige Natdems, mehr aber Socdems ins Kabinett berufen werden.

Viele derjenigen, die die Demokratisierungsbewegung seit langem begleiten, sind skeptisch und selbst die einfachen Massen sind der Meinung, wer auch immer nach Erap an die Macht kommen wird, korrupt werden sie eh sein. Ja, es gibt keine Abkürzung vom Jetzt zum besseren

Morgen, dennoch möchte ich das Positive aus dem vor uns ausgebreiteten Mosaik herausfiltern.

Zumindest ist der Wille von denen, die den Kampf in den Philippinen fortsetzen, größer als die Skepsis der Intellektuellen. Das Wort »möglich« wird stets aufs Neue definiert. Die Mittel des Kampfes sind seit den Marcoszeiten erweitert worden.



Quelle: PDI v. 19.11.2000

Der Ruf nach Veränderung erschöpft sich nicht länger in hohlen Gesängen und bloßer Opposition. Fähige Köpfe, wenn auch wenige, machen Vorschläge und entwerfen Pläne, um die Qualität der Oppositionsarbeit zu verbessern. Proteste finden kreativere Wege. Öffentliche Aufklärungsarbeit bleibt nicht wie einst auf die Straßen beschränkt, sie bedient sich auch Elementen der Volkskultur wie jüngst zu Allerheiligen, wo die übliche Fiesta auf den Friedhöfen von Freiwilligen zu Bildungsarbeit genutzt wurde.

Der gegenwärtige kritische Augenblick lässt nicht von alleine unsere Träume Wirklichkeit werden, aber er kann ein neues Feld eröffnen. Die Initiativen der legalen Linken gegen Erap — die Rücktrittsbewegung der Natdems, das breitere Bündnis KOMPIL und die Gruppen unter dem Dach von SANLAKAS — gewinnen an Boden. Neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter werden durch die Kampagnen gewonnen, frisches Blut ihrer zukünftigen Arbeit zugeführt.

Fortschrittliche Geister — manche unabhängige, manche aus den linken Formationen — sitzen nun an Schlüsselpositionen in den Medien. Investigativer Journalismus — den es zuvor nicht gab — hat viele Möglichkeiten aufgezeigt, wie man Despoten niederrigen und ein verfaultes System offen legen kann. Die philippinische Medienlandschaft ist fraglos die freieste in der Region. Und wenn man einen Blick auf die Legislative wirft, kann man beobachten,

wie die wenigen Parteilistenabgeordneten in das traditionelle politische Geschäft eine Bresche schlagen konnten — ein guter Anfang! Auch BAYAN [das Bündnis der radikallinken *reaffirmists*] will sich nun an den nächsten Wahlen beteiligen.²

Bemerkenswert ist, dass die Anti-Erap-Aktivitäten nicht wie die Ereignisse, die der EDSA-Revolution vorangingen, auf Manila beschränkt sind, sondern in allen größeren Städten im ganzen Archipel stattfinden. Die kritischen Leute lernen ihre Lektion nun schneller und es gibt mehr Raum, Wahlfehlscheidungen geradezurücken.

Ich kann nur hoffen, dass die wirkliche Lektion diesmal gelernt wird. Die Geschichte sollte sich nicht wiederholen, es gibt eine seltene Chance, die unvollendeten Aufgaben von EDSA zu vollenden.

Die tiefsitzende Korruption der Regierung wird nicht beseitigt, wenn nicht die politische Kultur, gerade die der Wahlen, sich ändert. Aber das ist ein anderes Kapitel. ●

(leicht gekürzt) Übersetzung:
Niklas Reese

Siehe auch:

- **philippinenforum** Nr. 43, April 1996 mit dem Schwerpunktthema »Zehn Jahre EDSA«.
- **philippinenforum** Nr. 36, Juni 1994 mit dem Schwerpunktthema »NGOs: Entwicklung von unten«.

Anmerkungen:

- 1) Die Gegenwart eines kleinen fortschrittlichen Blockes, die Vertreter/innen der Parteilisten und Manuel Villar als (dadurch nachher zum Abtritt gezwungenen) Parlamentspräsident haben diesen lichten Moment ermöglicht. Die politischen Interessen hinter jenen 77 Stimmen bleiben allerdings zu hinterfragen — die alteingesessene Praxis des *balimbing*, das Wechseln von Abgeordneten zur gerade herrschenden Partei, lässt grüßen.
- 2) Die Hürde diesmal wir jedoch höher sein, auch die großen traditionellen Parteien sind 2001 zu den Parteilistenwahlen zugelassen; sollten die gegenwärtigen Wahlpraktiken nicht ein Ende finden, werden weiterhin neue Eraps die Wahlen gewinnen.